Ausgabe B.

Auswärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis: Bei der Post geholt vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger oder Boten 2.82 Mk.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus".
Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 170. | Bielefeld-Bethel, Donnerstag, den 24. Juli 1919. | Jahrgang 1.

Wir müssen wieder zu Füßen unserer Großväter sitzen, um von ihnen zu lernen, wie wir und die Menschheit gesund werden noch diesen Zeiten der Zerstörung.

Friedrich Naumann.

Wiederaufbau.

Auf dem Deutschnationalen Parteitage in Berlin hielt Staatsminister a. D. D. v. Delbrück eine Rede über den Wiederaufbau auf dem Gebiete der inneren Politik. Ausgehend davon, was wir durch die unselige Politik der Regierung verloren haben, den stolzen Bau des Reiches, die Schöpfung des ersten Kaisers und des großen Kanzlers, das stolze Heer als den Hort des Friedens, die Volksgesundheit und die durch den Frieden von Versailles befleckte Ehre betonte er, daß nun eine ganz neue Organisation geschaffen werden müsse gegenüber der Koalition, die sich in dem Zusammenschluß der drei Parteien: Zentrum, Demokratische Partei und Mehrheitssozialisten gebildet habe. Zu erstreben sei ein möglichstes Zusammengehen von Deutschnationaler und Deutscher Volkspartei. Über die Fortführung der Sozialpolitik, über den Rätegedanken und die zu erstrebende Regierungsform äußerte er sich wie folgt:

Meine Damen und Herren, damit, daß wir eine augenblicklich tragfähige Grundlage für die neue Partei zu besitzen glauben, ist deren Bestand noch nicht gesichert. Eine Partei muß in der Lage sein, wenn sie politisch aktiv wirken will, die Aufgaben ihrer Zeit entschlossen aufzunehmen und durchzuführen. Die großen politischen Probleme, die Zeitalter und Völker beherrschen, sind niemals die Erfindung einer Partei, sondern sie sind die Entwicklungsprodukte einer Fülle von Momenten, die das Leben und die Politik eines Volkes beherrschen. Nur die Art, wie sie ausgeführt werden, pflegt die Parteisache zu sein, und diejenige Partei führt die Zügel, die die Fähigkeit und die Entschlossenheit hat, die notwendigen Aufgaben in die Hand zu nehmen und zur Lösung zu bringen, aber in einer Form, die ihren Grundanschauungen, ihrer Weltanschauung, ihren politischen Begriffen entspricht.

Damit hängt eng ein zweites Erfordernis zusammen. Keine politische Partei hat auf die Dauer Stand, ist auf die Dauer aktionsfähig, die sich auf die einzelnen Klassen stützt, die den Interessen einzelner Klassen dient. (Sehr wahr!) Mehr denn je ist nur diejenige Partei leistungsfähig, die alle Klassen umfaßt, die alle diejenigen zu vertreten bereit und in der Lage ist, die in den großen Anschauungen auf dem Boden der Parteien stehen, und so ist eines der ersten Erfordernisse für den Bestand unserer Partei, daß die Arbeiterschaft, soweit sie ihre Ziele auf dem Boden des nationalen Staates und einer christlichen Weltanschauung verfolgen will, in unseren Reihen Aufnahme findet und in unseren Reihen wirksame Vertretung ihrer Interessen findet. (Sehr lebhafter Beifall.)

Damit komme ich nun zu einigen Punkten, die im Vordergrunde unserer Bestrebungen stehen müssen. Das ist einmal — das hängt zusammen mit dem Eintreten der Arbeiter in unsere Reihen, das ich als einen Erfolg begrüße (Beifall) —, daß wir uns mit den

sozialpolitischen Gedanken

mehr befreunden, als es vielleicht früher der Fall gewesen ist. Die Sozialpolitik ist früher vielen, kühn gesagt — eine Frage des Gewissens gewesen. Meine Damen und Herren, die Sozialpolitik muß für unsere Partei auch eine Sache des Herzens sein (sehr richtig!), und sie muß von uns getrieben werden mit der felsenfesten Überzeugung davon, daß hier Probleme liegen, von deren Zukunft unsere Zukunft abhängt. (Lebhafter Beifall.)

Notwendig ist dann natürlich, daß wir auch auf wirtschaftlichem Gebiet zu einer klaren Programmbildung kommen. Ich will hierauf nicht eingehen. Darüber haben andere Berufenere gestern gesprochen. Die Dinge sind noch nicht reif. Aber gewisse Ziele sind heute schon für uns klar. Die Zwangswirtschaft des Krieges ist ein sozialpolitisches Experiment gewesen; sie ist aber auf der anderen Seite geboren aus der Not des Krieges und sie war nur möglich, solange wir tatsächlich infolge der feindlichen Blockade in einem absolut geschlossenen Wirtschaftsgebiet lebten. In dem Augenblick, wo unsere Grenzen wieder offen sind, ist diese Zwangswirtschaft nicht mehr aufrecht zu erhalten. (Sehr richtig!) Sie muß also abgebaut werden, mit der Vorsicht, die sich aus der Natur der Dinge ergibt, und wir müssen

zu einer individuellen Wirtschaft

zurückkehren, nicht im Sinne des „laissez faire, laissez aller", nicht im Sinne eines öden Manchestertums, aber wohl in dem Sinne, daß die höchste Leistung vom einzelnen und vom Volk nur zu erzielen ist, wenn dem Streben und der Kraftentwicklung des einzelnen keine weiteren Schranken gezogen werden als diejenigen, die im Interesse des Allgemeinwohls die Staatsgewalt ziehen muß. (Sehr wahr.)

Und noch eins. Wenn wir in dieser Gemeinschaft, in der wir uns jetzt befinden, die Ziele verfolgen wollen, die ich eben als die wichtigsten und die notwendigsten bezeichnet habe, so stellt das ja an jeden einzelnen von uns und an die Gruppen, die jede Selbständigkeit aufgegeben haben, um in unserer Partei aufzugehen, hohe Anforderungen. Manches Opfer werden diejenigen bringen müssen, die jetzt in dieser großen Partei gemeinschaftliche Ziele verfolgen sollen. Aber alle die, die so unter manchen schweren Kämpfen in der Partei ausharren, die mitarbeiten, die Partei zu einem großen, festen Ganzen zusammenzuarbeiten, müssen sich darüber klar sein, daß wir

nur in der Vereinigung stark,

in der Isolierung verloren sind. (Sehr richtig!) Sie müssen sich darüber klar sein, daß wenn wir wieder verfallen, die einzelnen alten Gruppen vielleicht einen Guerillakrieg innerpolitischer Natur führen können (Sehr wahr!), der unserer Regierung sehr unangenehm werden, der zu einer Reihe von bedeutsamen Taten führen kann, daß ihm aber ein wirksamer Einfluß auf die Geschicke des Vaterlandes in einem solchen Drehen, Schlagen und Fechten niemals erwachsen kann. (Sehr wahr!)

Von diesen Gesichtspunkten aus ist die bisherige Politik der Partei, vor allen Dingen aber auch die Politik der Fraktion in der Nationalversammlung beherrscht gewesen. Wir haben uns in positiver Arbeit an der Verfassung beteiligt, ohne jemals ein Hehl daraus zu machen, daß wir die Verfassung als eine republikanische als Ganzes ablehnen. Wir haben uns bei der Verfassung aktiv beteiligt bei dem Artikel 162, der sich mit der Durchführung des Rätegedankens befaßt, und zwar aus folgenden Gründen. In dem Artikel 162, wie er jetzt in der Verfassung in zweiter Lesung festgelegt ist, begegnen sich zwei Gedanken, die sich zunächst diametral entgegenstehen: Auf der einen Seite revolutionäre Tendenzen, Anleihen, die unsere Sozialisten bei den Bolschewisten in Rußland gemacht haben. Die müssen wir fortwerfen, die müssen wir bekämpfen, solange sie darauf gerichtet sind, eine Klassendiktatur zu errichten. Aber schon aus der Arbeit der Mehrheitsparteien heraus hat dieser Rätegedanke ein anderes Gesicht bekommen. Da dreht es sich nun nicht mehr um die Diktatur des Proletariats, sondern schon um eine gleichmäßige Vertretung der einzelnen Klassen der Bevölkerung, und hierin liegt der Ansatz zu einem Ideal, das uns immer vorgeschwebt hat, nämlich zu dem

Ideal einer Berufsständischen Ersten Kammer,

die auf die Dauer als Gegengewicht gegen den jetzt bestehenden überspannten **Parlamentarismus**, wie er insbesondere durch die Verfassung beinahe ins Groteske entwickelt worden ist, unentbehrlich wird. (Sehr wahr!) Das ist einer von den Fällen, wo wir uns gesagt haben: Hier ist ein neuer Gedanke, der Rätegedanke in dieser Form, und wir können uns nicht darauf beschränken, ihn lediglich abzulehnen, weil er uns in der jetzigen Formulierung nicht paßt, weil wir wissen, daß unsere Stellungnahme doch von der Mehrheit nicht akzeptiert wird, sondern wir wollen hier positiv mitarbeiten, weil wir zu dieser Frage für die Zukunft Stellung nehmen wollen (Beifall). Eine Partei, die über den nächsten Tag und die nächsten Monate hinaussieht, muß ihre Arbeit so einrichten, daß sie, wenn die Notwendigkeit an sie herantritt, die Regierung übernehmen kann. (Beifällige Zustimmung.) Sie muß in großen Fragen, die die Zeit bewegen, fest sein, sie muß durch die Kritik, die sie in den Reihen ihrer eigenen Freunde und in den Reihen der Gegner erfahren hat, wissen, wie wir zu diesen Problemen stehen, und das Land muß wissen, wie wir zu diesen Problemen stehen. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn wir uns dieser Mühe nicht unterziehen, dann werden wir nie zur Macht gelangen. (Sehr richtig!) Diese Art von Arbeit, wie wir sie geleistet haben, ist ein undankbares Geschäft (Sehr richtig!), und es gehört ein hohes Maß von politischer Entsagung dazu, eine Arbeit zu leisten, von der man sich vorher sagt, daß ihr Augenblickserfolg gleich Null oder sehr gering ist. Aber es ist nach meiner Ansicht eine staatsmännische Notwendigkeit, daß diese Arbeit geleistet wird. Ich gebe zu: eine forsche Rede ist schöner, sie bringt einen großen Erfolg, aber sie ist in vier Wochen vergessen.

Ich möchte noch auf ein anderes Beispiel hinweisen. Sie wissen, daß die revolutionäre Regierung eine Verordnung über die Anlage von Siedlungen, über die Besiedlung des flachen Landes erlassen hatte. An diesem Gesetz haben unsere Parteifreunde in verschiedenen Stadien seiner Entstehung und auch während der Beratung der Nationalversammlung ganz intensiv mitgearbeitet mit dem Erfolge, daß einer von den Unabhängigen zu dem ihm zunächst sitzenden Kollegen sagte: Seht Ihr denn nicht, daß das ein ganz konservatives Gesetz geworden ist. (Heiterkeit.) Ja, meine Herren und Damen, so muß praktische Politik gemacht werden. (Sehr wahr!)

Ich will Sie nicht mit weiteren Ausführungen über diese Fragen in Anspruch nehmen. Ich kann nur das sagen, was auch der Herr Graf von Westarp heute am Schlusse seiner Ausführungen sagte: Wir stehen in einer harten und entsagungsvollen Arbeit, einer Arbeit, bei der uns auch für die nächste Zeit berauschende Erfolge nicht beschieden sein werden. Aber wir wollen uns darüber klar sein, daß diese harte und entsagungsvolle Arbeit, die nicht auf den Augenblickserfolg, sondern auf das ferne Ziel sieht, alte Preußenarbeit ist (Sehr richtig!), daß das die Arbeit ist, die Preußen großgemacht hat.

Ich habe neulich im Namen meiner Fraktion in der Nationalversammlung erklärt: Die Annahme dieser republikanischen Verfassung durch die Mehrheit bedeutet für uns einen Abschied von dem alten Hohenzollernstaat, von dem alten Reiche Bismarcks. Aber — ich darf diesen Gedanken hier vielleicht noch etwas weiter ausspinnen — dieser Abschied ist für uns weder ein freiwilliger noch ein unbedingter. Die staatsrechtlichen Formen, in denen sich das Leben der Völker abspielt, sind, wie uns die Geschichte lehrt, wandelbar, sie sind in einer dauernden Umbildung begriffen, und sie können gewaltsam durchbrochen werden, wenn man sich des Geistes nicht mehr erinnert, der sie gebaut hat. Dieser Geist aber stirbt nie, und wenn man diesen Geist weiter pflegt, dann kann es wieder zu einer Formengebung kommen, die der ähnlich ist, die er vordem gebaut hat und die danach in Trümmer gegangen ist. (Lebhafter Beifall.)

Wir nehmen nicht Abschied von dem alten Hohenzollerngeist,

der schon einmal den Zusammenbruch Preußens überdauert hat. **Im Gegenteil: wir nehmen heute die Traditionen der alten Hohenzollernpolitik, die Preußen und Deutschland groß und einig gemacht haben, feierlichst in Verwahrung und Verwaltung.** (Lebhafte Zustimmung.)

Wir wollen eine Politik führen, wie Preußen sie vor jetzt 100 Jahren geführt hat, als es neben Stein und Scharnhorst Wilhelm v. Humboldt setzte, als es den Wiederaufbau des Volkes und des Staates begann nicht nur mit Verwaltungsaufbau, sondern auch mit der Gründung der Universität Berlin, die eine Pflanzstätte für die geistige Wiedergeburt des preußischen und deutschen Volkes geworden ist. (Sehr gut! und Bravo.) Wenn wir diese Politik machen, dann werden wir vielleicht dahin kommen, daß die Wünsche sich erfüllen, die in unser aller Herzen leben:

die Hoffnung auf ein monarchisch geleitetes Reich und Preußen.

(Stürmisches Bravo.)

Meine Damen und Herren! Wir wollen nicht vergessen, daß wir vom Leben des einzelnen, auch vom Leben der Völker und der Parteien das Wort gilt: es ist der Geist, der sich den Körper baut. Und so soll über unserer Arbeit auf dem Gebiete der inneren Politik der alte hohenzollernsche Wahlspruch stehen suum cuique, — in dem Sinne, daß jedem einzelnen Luft und Licht und Freiheit

für seine geistige und wirtschaftliche Betätigung geboten ist — nur insoweit eingeengt, als es die großen allgemeinen Interessen eines starken Staates notwendig erscheinen lassen.

In dem Jammer der letzten Tage habe ich mich oft eines Bildes erinnert, mit dem der künstlerische Verkünder der friderizianischen Zeit, Adolf Menzel, die Werke des großen Königs geziert hat: der zur Sonne aufsteigende preußische Aar, umschrieben mit den Worten: „per aspera ad astra". (Durch Kampf zum Sieg.) Zunächst dachte ich bei der Erinnerung an dieses Bild immer an die Tiefe des Sturzes, die wir und unser alter Preußenaar haben durchmachen müssen. Aber je öfter ich mir dieses Bild vergegenwärtigt habe, um so wirksamer ist in meinem Empfinden und Denken die Umschrift geworden: „per aspera ad astra". Möge dieses „per aspera ad astra" auch über der Arbeit unserer Partei für alle Zeiten stehen. (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Was getan werden muß.

Von Paul Gräser.

Eine Feststellung zur Not unserer Arbeiterjugend.

Seit Jahren wird soviel geschrieben und geredet über die Fragen der Jugenderziehung. Hunderte von Vereinigungen bildeten sich, die großes Wesen von ihren sittlichen, sozialen und völkischen Aufgaben machen. Aber, so frage ich, ist je etwas Richtiges, Wichtiges getan worden?, etwas, das wirklich eingriff in das Leben unserer gesamten Volksjugend, das die Unzähligen zu besseren Menschen machte? — O ja, wird man mir antworten, sieh dir die A.- u. B. Vereine an; gehe hinein in die C.-, D.-, E.- und F.-Gruppen; achte auf die G.- und H.-Verbände; findest du da nicht das Richtige, Wichtige, das du suchst? Dnn werde ich bedauernd den Kopf schütteln und sagen: Nein! Denn das alles zusammengefaßt macht ja nur einen ganz geringen Teil aus desjenigen, das getan werden muß.

Wem von den Jugenderziehern und -führern es noch nicht klar geworden war, daß alle Jugendarbeit zusammengefaßt ein kleines Wenig im Verhältnis zur Millionenzahl unserer deutschen Arbeiterjugend ausmacht, dem konnte es während des Krieges draußen im Felde offenbar werden.

Ich selbst habe auf den verschiedensten Kriegsschauplätzen schätzungsweise Statistiken über die Gefühls- und Denkungsart unserer jungen Soldaten aufgestellt. Die folgenden Fälle, und viele andere, beruhen nicht nur auf einmaliger, sondern auf wiederholter Feststellung:

In einem Frontruheort mit 8500 Mann Belegschaft wurde öffentlich bekannt gemacht, daß Bibelbesprechungen und Abendandachten stattfänden: es erschienen drei Wochen hindurch an den jeweiligen zwei Wochenabenden — 8 Teilnehmer, von tausend einer. Auf einem Truppenübungsplatz mit 17 000 Soldaten wurde zwecks Zusammenstellung eines Gesangchores geworben: es meldeten sich — 23 Sänger. Eine feldgraue Wandervogelgruppe auf einem südlichen Kriegsschauplatz machte im Ruhelager, das 4000 Mann faßte, bekannt, daß sie für alle und mit allen Kameraden Vorlesungen, Vorträge belehrender und unterhaltender Art, Turnspiele und Gesänge abhalten wolle: es erschienen zu ihren jedesmaligen Veranstaltungen — 6—10 Mann.

Wer möchte diesen Zahlen gegenüber noch im gemütlichen Altvätertone von den „großen" Erfolgen der Jugendarbeit reden! Geht in die Großstädte, dort werdet ihr täglich ähnliche Statistiken aufstellen können!

Wir Führer aber, die wir aus dem Felde zurückgekehrt sind, wollen handeln. Nicht müde wollen wir werden, in die Menge der behäbigen deutschen Bürger hineinzurufen: Tut etwas für eure deutsche Volksjugend! Ihr hohen und niederen Beamten, ihr Kaufleute und Handwerker, doch auch ihr Künstler, Ärzte, Pastoren und Lehrer, tut etwas für die Arbeiterjugend, die neben euch lebt, die eure Brüder und Schwestern sind von Christus her! Arbeitet, jeder an seinem Platze, mit seinen Mitteln, für das Besserwerden unseres Volkes! Unterstützt alle edlen Bestrebungen, die der Jugend zur seelischen Wiedergeburt verhelfen wollen! Denkt an eure Kinder, ihr tut es für sie!

Und an euch Vereinigungen, die ihr in irgend einer Art mit der Jugend zu tun habt, wende ich mich. Ihr, die theoretisch so viel leistet, ist von euch bisher umfassende praktische Arbeit getan worden? In wundervollen Bundes- und Vereinsschriften redet ihr feine Worte von Idealen, vom Emporsteigen und von dem was nötig ist. Doch sind's nicht nur Worte geblieben? Könnt Ihr der Welt mit einer großen, umfassenden Tat beweisen, was ihr wollt?! — Ich will euch sagen, woran es liegt, daß bisher nichts Gewaltiges aus euren Mühen hervorging: Ihr habt euch verzettelt in Kleinigkeiten! Lange Stunden des Tages und der Nacht habt ihr alle zusammengesessen und die kostbare Zeit dazu verwandt: über Vereinsabzeichen, Seitenzahl der Bundesschriften und ähnlichen Krimskrams zu beraten; und neben euch her ging die Verworfenheit der Stadt, die sich wollüstig an die schulentlassene Arbeiterjugend hängte.

Über dem Nebensächlichen habt Ihr Eure Hauptaufgaben vergessen! Die Äußerlichkeit verdrängte die Innerlichkeit, den Ernst und die Entschlossenheit, die ihr gebraucht hättet, um das Große, Allumfassende zu schaffen.

O daß auch euch alle der Krieg gelehrt hätte, dem Gewaltigen nachzujagen, nicht hängenzubleiben am Kleinen!

Was ist zu tun?

Ich möchte nicht in die unendliche Reihe der Vereinsgründer treten; Vereine und Bünde gibt es wirklich im Übermaß. Selbst in den kurzen Monaten zwischen Waffenstillstand und heute hat sich eine große Zahl neuer Vereinigungen gebildet, die trotz ihrer frischgestrichenen Schlagworte den Pfad des alten nicht verlassen.

Im zweiten Februar-Heft des „Vortrupp" kündigt ein fremdwortstrotzender Artikel das Zustandekommen eines „Internationalen Jugendbundes" an. Als ich die vielverheißende Überschrift las, stieg leise Hoffnung in mir auf, daß dieser neue Jugendbund (der wievielte hundertste ist es wohl!?) vielleicht endlich mal das Notwendige schaffen wolle.

Doppelt groß war meine Enttäuschung, nachdem mir der Artikel klar gemacht, daß rein politische Ziele im „Internationalen Jugendbund" gepflegt werden sollen. „Jugendbund", so schreibt der Verfasser Max Hodan, „heißt die Gemeinschaft, weil es nur wahrhaft jugendliche Menschen (das ist keine zahlenmäßige Altersbegrenzung!) möglich sein dürfte, diese umwälzenden und höchst unzeitgemäß klingenden Gedanken wirksam zu vertreten." Die „umwälzenden" und „höchst unzeitgemäßen" Gedanken sind: Durch „strenge Erziehung, die Wollen, Einsicht und Organisationsfähigkeit gleichmäßig bildet," politische Führer großzuziehen, die „das heute so gepriesene demokratische Prinzip, das jede Entscheidung einer Zufallsmehrheit anheimstellt, durch das Prinzip der Führerschaft der Fähigsten und Einsichtigsten" ersetzen.

Viel Kritisches ließe sich über solche politischen Gedanken und Ziele sagen. Meine Aufgabe ist es, festzustellen, daß sich dieser politische Bund unrechtmäßig „Jugendbund" nennt. Jugendbünde dürfen dürfen sich nur die Bünde nennen, die mit der Jugend und für die Jugend arbeiten; die mit Kraft und Würde an der seelischen Umwandlung unserer armen, verirrten Volksjugend schaffen wollen. —

„Was sollen wir denn tun?" Auf diese, seine eigene Frage hat Graf Leo Tolstoi mit eigenen Taten geantwortet.

Sollten wir deutsche Männer und Frauen dem Beispiele des russischen Denkers nicht folgen können?! Ist der Wille zum Handeln da, dann wird etwas erreicht, ja das Größte und Umfassendste bleibt dann nicht ein bloßes Ideal: es wird Wirklichkeit.

Jeder innerlich und äußerlich gesunde deutsche Mann, jede ebenso gesunde deutsche Frau trete heraus aus ihrem kleinlichen Ichkreise und stelle sich in den Mittelpunkt der Volksjugendnot; da sind die starken Menschen vonnöten! Da kann man Siegertum erringen!

Jede Vereinigung, die in irgend einer Art mit der Jugend zu tun hat, werfe alle Kleinigkeitskrämerei hinter sich. Es kommt nicht darauf an, welche Farben die Vereinsfahne hat und wie dick die Bundeszeitung ist, sondern auf die wirkliche, großzügige, segensreiche Arbeit an Seelen und Leibern der Jugend kommt es an; doch nicht nur der Jugend, die mit 20—30, oder wenn's hoch kommt 50 Köpfen im eingetragenen Verein A. oder B. vertreten ist, sondern der Jugend, die zu Tausenden irrend durchs Leben geht, ohne Heimat für Seele und Geist; die sich die Herzen wundstößt an Ecken und Kanten des Daseins und schließlich — im günstigsten Falle — ohne Anteilnahme am Bessern und Edlern, ein gedankenloses Leben im dumpfen, stumpfen Kreise führt.

Gebt den heimatlosen Tausenden eine geistige Heimat! Ihr Führer, seid ihnen Väter und Mütter, den Schulentlassenen, damit sie nicht verloren gehen! Spannt eure Grenzen weit, recht weit! desto mehr werdet Ihr Freiland bekommen — sonniges Freiland, auf dem die seelische Erziehung der Arbeiterjugend erfolgen kann.

Die Erzeugerpreise im Jahre 1919.

Die Erhöhung der Getreidepreise.

Das Reichsministerium hat mit Zustimmung des Staatenausschusses und des volkswirtschaftlichen Ausschusses der Nationalversammlung durch Verordnung vom 15. Juli die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse aus der Ernte 1919, soweit diese öffentlich bewirtschaftet werden, festgesetzt. Die neue Festsetzung wird bedingt durch die Tatsache, daß alle Produktionsmittel der Landwirtschaft, wie Löhne, Düngemittel, Maschinen und sonstiges Betriebsmaterial zum Teil um ein Vielfaches im Preis gestiegen sind, und daß die Betriebsmittel zurückgegangen und die Erträge gesunken sind. Um die Landwirtschaft leistungsfähig zu erhalten, war eine Erhöhung des Getreidepreises ein zwingendes Gebot. Ein Rückgang des Getreideanbaues wäre unvermeidlich, wenn die Höchstpreise die Produktionskosten nicht mehr decken würden, weil alsdann die Landwirtschaft gezwungen wäre, zu einer extensiven Wirtschaft überzugehen. Die Kostspieligkeit der Auslandszufuhren stellt die höchsten Anforderungen an die Produktion der heimischen Scholle.

Entsprechend der Steigerung der Produktionskosten ist der Roggenpreis für das Berliner Preisgebiet auf 405 Mark festgesetzt, also um 100 Mark oder 33 Prozent gegenüber dem Vorjahre erhöht worden. Die bisherigen Preisgebiete sind beibehalten. Etwas stärker als die Produktionskosten des Roggens sind diejenigen des Weizens gestiegen. Unter Berücksichtigung der bisherigen Spannung zwischen Roggen- und Weizenpreis und angesichts der größeren Ansprüche des Weizens an Pflege und Dünger erschien ein Preis von 450 Mark für das niedrigste östliche Preisgebiet als angemessen und ausreichend. Der Preis der Gerste ist im Hinblick auf ihre weitgehende Heranziehung als Brotgetreide auf der Höhe des Roggenpreises gehalten, umso mehr, als ihre Produktionskosten nicht hinter denen des Roggens zurückbleiben.

Um eine Verteuerung der Lebenshaltung der breiten Massen durch die Erhöhung des Brotgetreidepreises zu vermeiden, wird die Erhöhung des Brotgetreidepreises bis zum 1. Oktober auf die Reichskasse übernommen und der Mehrpreis gegenüber dem bisherigen Getreidepreis aus dem zur Senkung der Lebensmittelpreise zur Verfügung gestellten 1½ Milliardenfond gedeckt.

Richtlinien und Vorschläge

des Verbandes deutscher evangelischer Schullehrer- und Lehrerinnen-Vereine zur Neugestaltung des Volksschulwesens, entworfen von Lehrer E. W. Schmidt, Barmen, im Auftrage des Verbandes.

Wir erkennen die Verschiedenheit der in unseren höheren Schulen verfolgten Bildungswege als berechtigt an —, sie hat sich aus den mannigfaltigen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Verhältnissen und Bedürfnissen geschichtlich entwickelt — und erblicken in der Vielgestaltigkeit unseres Schulwesens sogar einen Vorzug im Vergleich zu dem anderer Völker. Aber wir fordern mit der gesamten deutschen Lehrerschaft, daß an die Stelle des heute vielfach vorherrschenden Neben- und Gegeneinander, mit seinen Lücken und Sackgassen, planmäßig und zielbewußt unter Anlehnung an das geschichtlich Gewordene ein organisches Gegliedert unseres gesamten Schulwesens trete mit zahlreichen, zweckentsprechenden Übergängen unter Wegfall aller schultechnisch und sozial nicht gerechtfertigten Vorrechte und Schranken.

Wir verlangen insbesondere, daß den Schülern und Schülerinnen der Volksschule der Weg nach oben frei gemacht wird, daß die Begabten, Fleißigen, Tüchtigen, die Charaktervollen **freie Bahn zum Aufstieg** erhalten. Das darf sich nicht allein auf geistige Begabung, sondern muß sich auf praktische Veranlagung beziehen. Diese Fürsorge muß sich bis über die Volkshochschule und Hochschule und die praktische erste Berufstätigkeit mit ihrer geringen Besoldung erstrecken.*) Die Förderung tüchtiger Schüler und Schülerinnen im öffentlichen Interesse und gegebenenfalls aus öffentlichen Mitteln erfolgt nur im vollen Einvernehmen mit den Eltern, deren Rechte vor denen der Allgemeinheit und auch der Schule (Auswahl durch Lehrer, Schularzt) gewahrt bleiben müssen. Der in der Einheitsschule an erster Stelle stehende Gedanke des zweckmäßigen Aufbaues darf sich aber über die hergebrachten Besonderheiten örtlicher und bekenntnismäßiger Natur nicht kurzerhand hinwegsetzen. Selbst der Wortführer im Streit um die deutsche Einheitsschule muß zugeben, daß da, wo die Schülerschaft eines größeren Gebietes, eines Bezirks, einer Provinz, eines Landes demselben Bekenntnis angehört, die Forderung der Einheitsschule die Frage der Bekenntnisschule überhaupt nicht berührt. *)

Wir gehen aber noch weiter und verlangen, daß die organisatorische Vereinheitlichung auch da, wo Bekenntnisschulen mit weniger Klassen als im heutigen Normalstufengang nebeneinander bestehen, nicht der Zentralisation mit ihren üblen Folgen (Unübersichtlichkeit, Schwerfälligkeit, Schematisierung des „Betriebes") zuliebe vorschnell und unter Außerachtlassung der Elternrechte vor sich gehe.

Wir halten eine mechanische, zwangsweise „Industrialisierung" des Erziehungs- und Unterrichtswesens im Sinne des Großbetriebes für bedenklich. Mit Tews **) stimmen wir Dörpfelds Ausführungen über die inneren Vorzüge kleiner und normaler Schulsysteme gegenüber den „Schulkasernen" unseres organisationswütigen Zeitalters zu. Als praktische Schulleute sind wir mit Haenisch, dem Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung eines Sinnes, daß „noch sehr viel wichtiger als das Herausheben des Einzelnen aus seiner Klasse die Hebung des Klassenniveaus im ganzen und die Höherentwicklung der Volksschule als eines Ganzen ist". ***)

Darum fordern wir für die Ausgestaltung der Volksschule:

1. daß für alle normal begabten Schüler und Schülerinnen **die Lehrziele** auf der Oberstufe vorzugsweise im Deutschen, in der Kulturgeschichte, in den Grundlehren der Staats- und Wirtschaftskunde (Dörpfelds Gesellschaftskunde!) **erhöht** werden, und daß bei Aufstellung der Lehrpläne **das Landschaftliche und Volkstümliche** mehr als bisher berücksichtigt werde, daß im besonderen für Mädchen die Vorbereitung auf den künftigen Frauen- und Mutterberuf, namentlich in Deutsch, Rechnen und Naturkunde einsetze,

2. **daß für Schüler, die infolge geringerer Leistungsfähigkeit die Normalziele nicht erreichen können, besondere Klassen und Abteilungen** mit ermäßigten Unterrichtszielen eingerichtet werden,

3. **daß das Hilfsschulwesen** für geistig unnormale Kinder ausgebaut wird und die **sittlich belasteten Kinder** weit tatkräftigere Hilfe und Heilpflege als bisher erfahren,

4. daß **die Schülerzahl der Volksschulklassen** so herabgemindert wird, daß „der Lehrer jeden einzelnen seiner Schüler, seine Fähigkeiten, seine Psyche genau kennen lernen kann *) und so eine individuelle Behandlung der Kinder mehr als bisher ermöglicht wird,

5. daß durch vermehrte **Einrichtungen für Beaufsichtigung und Pflege der noch nicht schulpflichtigen Kinder in Kindergärten, durch Errichtung von Kinderhorten und Jugendheimen für die gefährdete Großstadtjugend**, größtmögliche Unterstützung der häuslichen und der Schulerziehung erfolgt. **Körperliche Ertüchtigung der Jugend** nach den Forderungen der Gesundheitslehre, nicht ein Übermaß von Sportfexerei, sondern **Schulerneuerung in Verbindung mit Lebenserneuerung** ist heute mehr denn je notwendig. Die neue Schule hat in engster Verbindung mit der Erziehung im Hause zu stehen. **Vertrauensvolle Verbindung zwischen Elternhaus und Lehrern muß** eine der Hauptaufgaben der Schule sein. Zu dem Zwecke sollen Hausbesuche, Elternabende, häufiger stattfinden .... **). Aber die Schule soll bei diesen Bemühungen durch zweckentsprechende Schulverfassung (Schulgemeinde) und Schulverwaltung (Selbstverwaltung) unterstützt werden.

(Schluß folgt.)

*) Paul Cauer, Aufbau oder Zerstörung? Eine Kritik der Einheitsschule, Münster 1919.

*) Tews, Ein Volk, eine Schule; Osterwieck, 1919. S. 242.
**) Tews, S. 75.
***) Haenisch, Sozialdemokr. Kulturpolitik, Berlin 19.

*) Haenisch, S. 29. **) Haenisch, S. 29 ff.

Beim Kartoffelpreis waren die gegenüber der Vorkriegszeit um mehr als 100 Prozent gestiegenen Produktionskosten und die zurückgegangenen Erträge in Uebereinstimmung zu bringen. So mußte ein Grundpreis von 125 Mark für die Tonne angemessen erscheinen. Er kann nach den regionalen Verschiedenheiten bis auf 145 Mark erhöht werden.

Der Oelfruchtbau erfordert nach seiner Eigenart umfangreiche wirtschaftliche Vorkehrungen. Entsprechend der bisherigen Uebung war es daher erforderlich, bereits jetzt die Oelfruchtpreise für 1920 festzulegen. Im Interesse der Fettversorgung besteht das dringende Bedürfnis einer besonderen Förderung des Oelfruchtbaues, wobei zu berücksichtigen war, daß die Oelfrüchte als starke Stickstoffzehrer bei dem bisherigen Preis auch von dem Gesichtspunkt der Gestehungskosten aus nicht voll ausreichen. Nach der Bewertung des in den verschiedenen Oelfrüchten enthaltenen Eiweißes sieht daher die Verordnung eine Erhöhung der bisherigen Preise vor.

Neben den Preisen für die vegetabilischen Erzeugnisse setzt die neue Verordnung auch die Schlachtviehpreise fest, wie dies angesichts der besonderen Dringlichkeit bereits durch die Verordnung vom 17. Juni für die Schlachtrinder vorläufig geschehen ist. Neben der Wiederholung der Preise für Schlachtrinder sind weiter Preise für Schlachtkälber und Schlachtschweine vorgesehen. Der Kälberpreis ist auf 120 Mark für den Zentner Lebendgewicht, der Preis für Schlachtschweine auf 120 Mark festgesetzt. Um die beständigen Ueberforderungen auf den Ferkelmärkten zu beseitigen sind außerdem für Ferkel und Läuferschweine Richtpreise von 10 bezw. 6 Mark für das Kilogramm Lebendgewicht vorgesehen.

Die Preiserhöhungen dürften den berechtigten Klagen der Landwirtschaft über ein Zurückbleiben der Preise hinter den Gestehungskosten voll gerecht werden. Sie werden dazu beitragen, den Schleichhandel zugunsten der gesetzlichen Ration wesentlich einzuschränken. Wird dieses Ziel erreicht, so braucht die Erhöhung der Preise nicht notwendig eine entsprechende Erhöhung der Kosten der Lebenshaltung nach sich zu ziehen, weil die gegenwärtige Schleichhandelsration oder wenigstens ein Teil davon auf die legale Versorgung übernommen würde.

Neben einer ausreichenden Preisnormierung ist zur Förderung der Produktion und zur Verbilligung der Erzeugnisse vor allem auch die Bereitstellung eiweißhaltiger Futtermittel dringend geboten. Andererseits besteht der dringende Wunsch der Verbraucher, das Brot wohlschmeckender zu gestalten. Falls die begründeten Aussichten auf namhafte Getreideeinfuhr aus dem Ausland sich erfüllen und die Eingänge aus heimischer Ernte, ungefährdet durch Landarbeiterstreiks, sich normal gestalten, wird darum die Ausmahlung des Brotgetreides auf 81 % herabgesetzt werden. Dadurch würde sowohl dem Bedürfnis der Landwirtschaft nach Kleie als auch dem Wunsche der Verbraucher nach Verbesserung des Brotes Rechnung getragen.

Der Stand des Kaiserprozesses.

Lloyd George beharrt auf dem Kaiserprozeß.

Im englischen Unterhause hat Ministerpräsident Lloyd George in der Debatte das Wort ergriffen und auf die verschiedenen Abänderungen des Friedensvertrages geantwortet. Was den Exkaiser betreffe, meinte er, würde niemand behaupten wollen, daß der Mann, der verantwortlich für die grausamen Schlachten ist, frei ausgehen dürfe. Er fragte, mit welchem Recht England von einem neutralen Lande würde fordern können, daß es über den Kaiser zu Gericht sitzen werde. Die Neutralen sind nicht bei der Friedenskonferenz gewesen, und der Exkaiser würde überhaupt nicht vor Gericht kommen, wenn diese Angelegenheit den Neutralen überlassen würde. Die folgenden Redner stimmten einmütig zu, daß der frühere deutsche Kaiser vor Gericht gestellt werden soll, aber man hält ihn einer Aburteilung in London nicht wert. Marlean sagte, er sei der Meinung, daß die Vorgerichtziehung in einem oder dem anderen neutralen Lande stattfinden müsse.

Der Friedensvertrag im Unterhause genehmigt.

Der Friedensvertrag wurde schließlich im Unterhause in allen Lesungen angenommen. Die irischen Nationalisten verlangten als Protest gegenüber der Haltung der Regierung in der irischen Frage eine Abstimmung. In dieser wurde der Vertrag mit 163 gegen vier Stimmen angenommen. Die den englisch-französischen Vertrag betreffende Vorlage wurde in sämtlichen Lesungen einstimmig angenommen.

Der Demonstrationsstreik.

Blutige Zusammenstöße in den Berliner Protest-Versammlungen.

Die Mehrheitssozialisten hatten zu Montag nachmittag neun große Versammlungen in den größten Sälen Groß-Berlins einberufen, in denen bekannte Führer sprechen sollten. Lange vor Eröffnung der einzelnen Versammlungen waren die Säle bereits durch Unabhängige und Kommunisten besetzt, deren Versammlungen unter freiem Himmel bekanntlich verboten und auseinander gesprengt worden waren. Die mehrheitssozialistischen Redner konnten fast durchweg ihre Reden nicht zu Ende führen, denn überall kam es zu furchtbarem Lärm, der verschiedentlich zu Tätlichkeiten zwischen den Mitgliedern der verschiedenen Parteien ausartete. Im Gewerkschaftshause versuchten die Kommunisten mit Gewalt das Podium zu stürmen, und im nächsten Augenblick begann eine fürchterliche Prügelei. Stühle und Tische wurden hin- und hergeschleudert und zertrümmert, ein Trommelfeuer von Bierseideln ergoß sich aus der Versammlung über das Podium, auf und von welchem sich die unglaublichsten Raufszenen abspielten. Plötzlich fiel eine Anzahl Schüsse, die bewirkten, daß der große Saal panikartig geräumt wurde. Auf der Wahlstatt sah es übel aus. Zahlreiche Tische und Stühle lagen zertrümmert umher und Hunderte von zersplitterten Bierseideln bedeckten den Fußboden. Anwesende Arbeitersamariter leisteten den Verwundeten, darunter dem Redner, Redakteur Kuttner vom „Vorwärts", die erste Hilfe. Ueberall waren nach dem wüsten Kampfe auf dem Fußboden des Saales und auf den Treppen Blutlachen und Blutspuren zu sehen.

Der Streiktag im Reiche.

Der Demonstrationszug ist im wesentlichen auf Berlin beschränkt geblieben. Fast nirgends ist es zu völliger Arbeitseinstellung gekommen. In Bremen wurde zwar der Streik beschlossen, aber es streikten dort insgesamt nur etwa 10—12 000 Arbeiter. Auch im Freistaat Sachsen kam der Generalstreik nicht zur Durchführung, ebenso nicht in Schlesien und Braunschweig. Auch aus Hamburg, Hannover, Stettin und den anderen norddeutschen Großstädten wurde dem Streikbeschluß nur begrenzt Folge gegeben. In Kiel sind die Demonstrationen ohne nennenswerte Störungen verlaufen. In allen größeren Werken ruhte die Arbeit. Auch die Verkehrsmittel in der Stadt und im Hafen waren außer Betrieb. Der Betrieb in den Zweigen der Erfurter Industrie ruhte vollkommen. Die Arbeiter der städtischen Elektrizitäts- und Wasserwerke waren ebenfalls in den Ausstand getreten. Zeitungen erschienen nicht. Die Straßen- und Eisenbahn verkehrte. In Königsberg i. Pr. beteiligte sich ein großer Teil der Eisenbahner am Streik, der Güterverkehr war vollständig lahmgelegt, der Personenverkehr wurde nur mit Mühe aufrechterhalten. In Düsseldorf wurde die von den Unabhängigen und Kommunisten ausgegebene Parole zum Proteststreik, welchen die Mehrheitssozialisten empfehlend unterstützten, nur von einem Teil der Arbeiterschaft befolgt. In Nürnberg streikte der größte Teil der Arbeiterschaft. In Augsburg und München wurde, gemäß einem Beschluß der dortigen Betriebsräte, nicht gestreikt.

Im Auslande.

In Wien war die Arbeitsruhe von den Behörden angeordnet. Die Zeitungen erschienen nicht, der Verkehr war völlig lahmgelegt. Auch in Holland kam es nicht zu einem Generalstreik. In Amsterdam streikten etwa ein Zehntel der Arbeiter. Die Nachrichten aus Italien lassen den Eisenbahnerstreik als mißlungen erscheinen. Mailand, Turin, Rom, Bologna und Genua bieten ein vollständiges kriegerisches Straßenbild. Die Banken und alle sonstigen öffentlichen Gebäude sind durch starke Truppenkordons abgesperrt, alle strategischen Punkte durch Truppen besetzt. Kavalleriepatrouillen und Panzerautomobile durchziehen die Straßen. In Christiania (Norwegen) ist der Generalstreik ausgebrochen. Alle Geschäfte sind geschlossen. Der Eisenbahnverkehr ist eingestellt. Auch der Schiffahrtsverkehr im Hafen ruht vollständig. Die Arbeiter verlangen die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetregierung in Rußland, Asylrecht für ausländische Flüchtlinge, sofortige Durchführung eines gerechten Wahlgesetzes mit allgemeinem Stimmrecht, Anerkennung der Soldatenräte, allmähliche Auflösung des Militärs und Sozialisierung der wichtigsten Betriebe.

Die Nationalversammlung.

— Weimar, 21. Juli.

Die Grundrechte des Wirtschaftslebens.

Die Nationalversammlung beschäftigte sich am Montag mit dem fünften Abschnitt der Grundrechte und zwar des Wirtschaftslebens, der Artikel 148 bis 162 umfaßt. Der Abschnitt enthält Bestimmungen über Eigentum, über die Bodenverteilung, Vergesellschaftung, Schutz der Arbeitskraft und der geistigen Arbeit, Arbeitsverhältnisse, zwischenstaatlichen Arbeiterschutz und Arbeitspflicht. Artikel 162 behandelt schließlich das Rätesystem.

Eine rege Aussprache entspann sich über Art. 150. Er gewährleistet das Eigentum; es kann nur zum Wohle der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage gegen angemessene Entschädigung enteignet werden. Der Gebrauch des Eigentums soll zugleich Dienst für das Gemeinbeste sein.

Unter Annahme eines Antrages Dr. Beyerles, daß Enteignungen gegenüber Ländern, Gemeinden und Verbänden nur gegen Entschädigung vorgenommen werden können, wurde der Artikel 150 schließlich genehmigt. Bis auf Artikel 152 (Bodennutzung) und Artikel 162 (Betriebsrätesystem) wurden sämtliche Artikel des fünften Abschnittes in der Ausschußfassung gutgeheißen.

— Weimar, 22. Juli.

Neubildung von Gliedstaaten.

Die zweite Beratung des Entwurfes einer Reichsverfassung wurde mit Art. 18 betr. territoriale Gliederung des Reiches fortgesetzt, zu dem der bekannte Kompromißantrag der Regierungsparteien und der Demokraten vorlag, wonach Gebietsänderungen oder Neubildungen von Ländern innerhalb des Reiches der Zustimmung der beteiligten Länder mit der Bestätigung durch Reichsgesetz bedürfen. Die Abstimmung der Bevölkerung erfolgt, wenn ein Drittel der Wahlberechtigten des abzutrennenden Gebietes es verlangt. Die Bestimmungen des Artikels 18 sollen erst zwei Jahre nach Verkündung der Reichsverfassung in Kraft treten. Zum Beschluß einer Gebietsänderung sind mindestens drei Fünftel der Stimmen aller Wahlberechtigten erforderlich.

Die Aussprache verlief sehr ruhig. Es beteiligten sich an ihr die Abgeordneten Sollmann (Soz.), Kaas (Ztr.), Veith (Dem.), Philipp (D. natl.) und der preußische Justizminister Heine. Letzterer gab die wichtige Erklärung ab, Preußen sei nicht abgeneigt, im Interesse der Vereinheitlichung auch preußische Gebietsteile herzugeben, und es verhandelt in solcher Absicht bereits mit dem Freistaat Hamburg und den thüringischen Staaten. Nach langer Debatte, in die auch der durch seine Unterredung mit dem französischen General Mangin bekannte hessische Justizminister Brentano eingriff, wurde der Artikel 18 in der Kompromißfassung mit 169 gegen 71 Stimmen bei 16 Enthaltungen angenommen. Nachdem man noch Art. 162, der für die Betriebsräte von grundlegender Bedeutung ist, angenommen hatte, wurde die Sitzung abgebrochen.

Deutsches Reich.

— In Wesel sind Kriegsgefangene aus Australien und Neuseeland eingetroffen. Unter den 870 Heimgekehrten befinden sich der Gouverneur von Samoa mit seinem Stabe und Offiziere und Mannschaften vom „Seeadler", „Emden" und „Planet".

— Dem sogenannten Thüringer Vorparlament, das zur Regelung der Groß-Thüringer Fragen voraussichtlich Ende August oder Anfang September zum ersten Male zusammenkommen wird, werden 16 Sozialdemokraten, 10 unabhängige Sozialdemokraten, 10 Demokraten, 4 Deutschnationale und 3 Deutsche Volksparteiler angehören.

:: **Helfferich gegen Erzberger.** Der Staatsminister a. D. Helfferich richtet in der „Kreuzzeitung" neue heftige Angriffe gegen den Reichsfinanzminister Erzberger, den er zu einer gerichtlichen Klage zu provozieren sich bemüht. Im Schlußteil seiner Ausführungen erhebt er die folgende positive Anklage:

„Wenn ein Politiker es zuwege bringt, als Schiedsrichter in Prozessen zwischen dem Reichsfiskus und einer privaten Gesellschaft zugunsten der Gesellschaft zu entscheiden, die letzte Entscheidung zugunsten der Gesellschaft am 24. Mai zu unterschreiben und sich am darauffolgenden 14. Juni also drei Wochen später, in den mit stattlichen Tantiemen dotierten Aufsichtsrat dieser selben Gesellschaft wählen zu lassen, so ist vom Standpunkt der geschäftlichen und politischen Wohlanständigkeit dieser Mann für mich erledigt. Ich würde einen solchen Mann nicht einen Tag als Prokuristen in meinem Geschäft behalten. Ich würde ihm jedenfalls niemals auch nur den kleinsten Vertrauensauftrag in die Hand geben. Ich frage erneut: Soll das Deutsche Reich und das deutsche Volk an dem Krebsschaden Erzberger zugrunde gehen?"

:: **Gegen das Schulkompromiß.** Auf Einladung des preußischen Kultusministers Haenisch traten am Montag die Vertreter der Unterrichtsverwaltungen verschiedener deutscher Einzelstaaten in Berlin zusammen, um zu der Lage Stellung zu nehmen, die für die Schulverwaltungen durch die in der zweiten Lesung erfolgte Annahme des Schulkompromisses durch die Nationalversammlung geschaffen worden ist. Die Beratungen beschränkten sich auf die schul- und verwaltungstechnische Seite der Sache. Es herrschte, wie von zuständiger Seite berichtet wird, volle Uebereinstimmung darüber, daß für die Einzelstaaten die praktische Durchführung des Schulkompromisses die denkbar größten Schwierigkeiten ergeben müßte. Es wurde beschlossen, sich in letzter Stunde noch in einer dringenden Vorstellung an die Reichsregierung zu wenden und zu verlangen, daß die Schulartikel der Grundrechte vor ihrer endgültigen Verabschiedung einer gründlichen schul- und verwaltungstechnischen Durchprüfung unter Zuziehung der einzelstaatlichen Verwaltungen unterzogen werden.

:: **Zum Schutz der wehrfähigen Jugend im Osten.** Die deutsche Bevölkerung der an Polen fallenden ostmärkischen Gebiete ist über die Zukunft der deutschen wehrfähigen Jugend aufs höchste besorgt. Der oberste polnische Volksrat in Posen erklärte in seiner Eigenschaft als Mandatar der polnischen Regierung, daß sofort nach Besetzung der deutschen Gebiete sechs Jahrgänge zu den Waffen gerufen werden sollen. Infolgedessen hat eine starke Abwanderung der jungen Leute nach Deutschland eingesetzt. Hierin liegt eine schwere Schädigung der Erntearbeiten und die Gefahr eines Zusammenbruchs des mittleren und kleinen Bauernstandes. — Die deutsche Nationalversammlung wird daher durch die Vertreter der deutschen Bevölkerung aufgefordert werden, schnellstens eine Erklärung der polnischen Regierung herbeizuführen, daß eine Internierung oder Einziehung in den nächsten zwei Jahren unterbleiben wird.

:: **Vergewaltigung von deutschen Kriegsgefangenen durch die Tschechen.** Die französische Regierung ist durch eine Note darauf hingewiesen worden, daß nach aus Budapest in Versailles eingetroffenen Mitteilungen etwa vier- bis fünftausend aus Rußland über Kassa (Rumänien) zurückkehrende deutsche Kriegsgefangene von den tschecho-slowakischen Militärbehörden seit einigen Wochen in Kassa festgehalten und zwangsweise zu Schanz- und anderen militärischen Arbeiten an der tschecho-slowakischen Front verwendet werden. Die Behandlung dieser in Arbeiterkompagnien eingeteilten Deutschen soll sehr schlecht, die Verpflegung gänzlich unzureichend sein. Die deutsche Regierung hat um baldigste Aufklärung dieses Falles gebeten.

:: **Auseinandersetzung zwischen Staat und Krone.** Wie die „Pol. Inf." hören, werden die Arbeiten der Kommission, die sich mit dem Ausgleich zwischen Staat und Krone befaßt, demnächst abgeschlossen. Nach Beschlußfassung durch das Staatsministerium wird dann eine gesetzliche Vorlage die Landesversammlung beschäftigen. Die Klärung der zum Teil sehr verwickelten Materie hat zu dem Ergebnis geführt, daß alle nachweisbar durch Privatmittel der Krone erworbenen Schlösser und Gebäude ihr zum großen Teil verbleiben sollen. Im allgemeinen werden die Schlösser usw., die aus dem vorigen Jahrhundert bis zum Tode Friedrich Wilhelms II., also 1797 stammen, vom Staate in Anspruch genommen. Dementsprechend sollen die alten Schlösser in den alten Provinzen vom Staate ohne besondere Entschädigung übernommen werden. In Berlin verbleiben der Krone das Schloß Bellevue, das Palais Kaiser Wilhelms I., das Palais des Prinzen August Wilhelm, das an das Reich vermietet ist, das Ministerium des Königlichen Hauses und in Potsdam Schloß Babelsberg. Die Schlösser im Rheinland und in den neuen Provinzen (z. B. in Koblenz, Schloß Stolzenfels, in Kassel, Wiesbaden, Hannover) waren der Krone vom Staate nur zur Benutzung übergeben. Hier liegt die Sachlage klar. Die Schatullgüter Rominten und Cadinen verbleiben ebenso wie das eigentliche Privatvermögen der Krone. Zum Unterhalt der gesamten königlichen Familie ist für die Krone eine gewisse Geldabfindung vorgesehen. Von dem großen Kunstbesitz, der der Krone gehört, soll ein sehr wertvoller Teil an den Staat übergehen, und zwar teils als Eigentum, teils als Leihgabe. Besondere persönliche Erwerbungen des Kaiserpaares sind davon ausgenommen. Die Kunstschätze, die die Krone den Museen überwies, und die jetzt in das Eigentum des Staates übergehen sollen, werden allein auf ca. 26 Millionen geschätzt.

:: **Der frühere Londoner Botschafter Fürst Lichnowsky** hat in einem Telegramm an den englischen Minister des Aeußeren Balfour darum gebeten, bei den alliierten Regierungen dahin wirken zu wollen, daß auch dem südlichen, an Tschechien angrenzenden Teil des Kreises Ratibor, in dem er seinen Wohnsitz habe, das Recht der freien Volksabstimmung nachträglich gewährt werde. Die Bevölkerung habe diese Zurücksetzung als schwere Schädigung ihrer Rechte empfunden und ihrer Mißstimmung in zahlreichen Protestversammlungen Ausdruck gegeben.

:: **Versailler Verhandlungen über die Kohlenlieferungen.** In Versailles fand am Montag eine erste Besprechung zwischen den Vertretern der alliierten und assoziierten Regierungen und Vertretern der deutschen Regierung und deutschen Sachverständigen über die Kohlenlieferungen statt, die Deutschland an die Entente zu leisten hat. Die deutschen Delegierten legten die gegenwärtige Kohlenlage Deutschlands dar, aus der sich ergibt, daß die Abgabe von Kohlen an die Entente unter den gegenwärtigen Verhältnissen die schwerste Gefährdung, ja, unter Umständen den alsbaldigen Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftslebens nach sich ziehen muß. Die alliierten und assoziierten Regierungen verlangten die Vorlage eines Planes über die Deutschland vom September ab etwa möglichen Lieferungen.

Rundschau im Auslande.

Ungarn: Erneute Kampfansage der Entente.

:: Der Rat der Fünf hat in Gegenwart von Foch über die ungarische Frage beratschlagt. Wie verlautet, ist die Ernennung eines französischen Generals, wahrscheinlich Mangins, der eine lange Unterredung mit Clemenceau gehabt hat, zu erwarten. Er soll die Führung aller alliierten, tschecho-slowakischen, rumänischen und südslawischen Heere, die gegen die Ungarn kämpfen werden, übernehmen. Wahrscheinlich werden die Westmächte bald Kriegsmaterial, Waffen usw. senden. Es ist jedoch klar, daß keine französischen oder britischen Truppen entsandt werden sollen. Nicht nur im Falle Ungarns, sondern auch zur Durchführung des Friedensvertrages würden Frankreich, England und Amerika nicht geneigt sein, neue militärische Verantwortlichkeiten auf sich zu nehmen. In Böhmen ist bereits am 12. Juli die allgemeine Mobilmachung anbefohlen worden.

England: Militärische Besetzung der englischen Kohlengruben.

:: Die englische Regierung hat Sir Eric Geddes Vollmacht erteilt, Anordnungen für die Aufrechterhaltung der Pumparbeiten und der anderen Notarbeiten in den Bergwerken zu treffen. Die Regierung beabsichtigt nicht, sich in den Streik einzumischen. Sie hat versprochen, die Matrosen sofort zurückzuziehen, wenn die Grubenarbeiter die Arbeit wieder aufnehmen. Sie könne indessen nicht zulassen, daß die Bergwerke in denselben Zustand geraten, wie die von den Deutschen zerstörten französischen Kohlengruben.

Rumänien: Friedensverhandlungen mit der russischen Sowjetrepublik.

:: In Kischinew ist eine russische bolschewistische Delegation eingetroffen, die dem Kommando der rumänischen Dnjestr-ruppen im Auftrage Lenins einen Friedensschluß anbot. Danach überläßt Lenin Rumänien ganz Bessarabien und knüpft daran lediglich die Bedingung, daß Rumänien sich verpflichte, die Einreise der ukrainischen Staatsangehörigen und der Anhänger Koltschaks zu verbieten. — In Anbetracht des Vorschlages Lenins wurde an der beßarabischen Front ein achttägiger Waffenstillstand abgeschlossen. Die bolschewistische Friedensdelegation ist ins rumänische Hauptquartier abgereist.

Vereinigte Staaten: Amerikanisch-mexikanischer Zwischenfall.

:: Die ohnehin gespannten Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko wurden durch einen Zwischenfall bei Tampico verschärft. Mannschaften eines amerikanischen Kriegsschiffes, die in einem Motorboot, das das Sternenbanner führte, fischten, wurden am 6. Juli von mexikanischen Soldaten überfallen und ausgeraubt. Marinesekretär Daniels erklärte, er habe um nähere Aufklärungen ersucht, und von dem Ergebnis dieser Anfrage werde es abhängen, ob der amerikanische Botschafter in Mexiko Schritte unternehmen werde. In verschiedenen Kreisen wird jetzt offen von der Möglichkeit einer Intervention gesprochen.

Kirche, Schule und Mission.

wp. **Ein Leiterinnenlehrgang des Verbandes der evang. weiblichen Jugend Westfalens** findet vom 5. bis 14. August in Petershagen i. Westf. statt. Die eigentliche Arbeit wird in den Morgenstunden geleistet werden, die Nachmittage sollen der Erholung gewidmet sein und — soweit Zeit ist — der Behandlung der zeitgemäßen Frage: „Welche Richtlinien gibt uns die preußisch-deutsche Geschichte für die Erziehung der Jugend?“ Zur Besprechung anderer brennender Fragen ist an den Abenden Gelegenheit geboten. An jedem Tag wird außerdem eine Turn- und Spielstunde gehalten. Die Veranstaltung soll neue Anregung und Wegweisung für die wichtige Arbeit an der weiblichen Jugend bieten. Demselben Zweck werden die vom 22. bis 29. September und vom 1. bis 8. Oktober in Mennighüffen i. Westf. stattfindenden Kurse für Helferinnen der Jungfrauenvereine dienen. Anmeldungen und Anfragen sind sofort erbeten an die Provinzialstelle des Verbandes in Elsey-Hohenlimburg.

Wahrnehmung der Geschäfte des Evang. Konsistoriums der Provinz Posen. Mit der einstweiligen Wahrnehmung der Geschäfte des Evang. Konsistoriums der Provinz Posen für den von den Polen nicht besetzten Teil des Konsistorialbezirks Posen sind im Einverständnis mit dem Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung beauftragt worden: der Präsident des Evang. Konsistoriums der Mark Brandenburg D. Steinhausen, dem zugleich die Leitung der Geschäfte übertragen wurde, Oberkonsistorialrat Fluhme, zugleich dessen Stellvertreter, Geh. Konsistorialrat Büttner und Konsistorialrat Dr. v. Bonin, sämtlich in Berlin: Anschrift: Evang. Konsistorium der Mark Brandenburg, Abteilung Posen. Berlin SW. 68, Lindenstraße 14.

Lokal- u. Provinzialnachrichten.

Bielefeld, 24. Juli 1919.

— **Verkauf des Auslandsgemüses.** Nach Beschluß des Wirtschaftsausschusses darf Auslandsgemüse nur noch in den städtischen Verkaufsständen auf dem Wochenmarkte verkauft werden. Der Verkauf findet von jetzt ab an allen Wochentagen von 7—1 Uhr vormittags statt.

— **Verkauf von Speck für Kranke.** Die bis zum 1. September 1919 gültigen weißen Speckmarken für Kranke werden in den folgenden Geschäften eingelöst: für den 1. Polizeibezirk beim Schlachter Aug. Meyer, Meindersstraße 7, für den 2. Polizeibezirk beim Schlachter Heinrich Diekmann, Brandenburgerstraße 31, für den 3. Polizeibezirk beim Schlachter Emil Schippel, Mittelstraße 45, für den 4. Polizeibezirk beim Schlachter Karl Grübel, Gehrenberg 21.

— **Butterverkauf.** Die Fetteinheit für diese Woche beträgt 60 Gramm Butter zu 49 Pfg. Die Ausgabe der Buter für die Butterverkaufsstellen erfolgt Donnerstag vormittag.

— **Kartoffelverkauf.** Von Mittwoch, den 23. bis Freitag, den 25. Juli werden auf Lebensmittelmarke Nr. 26 in den bekanntgegebenen Verkaufsstellen 2 Pfund teils alte teils neue Kartoffeln an alle versorgungsberechtigten Einwohner der Stadt Bielefeld, welche nicht selbst auf eigenem oder gepachtetem Acker Frühkartoffeln ernten, zum Preise von 15 Pfg. für 1 Pfund abgegeben. Die Ausgabe der Bezugsscheine an die Kleinhändler erfolgt am Dienstag, den 22. d. M., nachmittags 3—5 Uhr im Rathaus, Zimmer 58.

Sobald weitere Sendungen Kartoffeln eingehen, wird der Verkauf fortgesetzt.

— **Lebensmittelverkauf** im Landkreise Bielefeld 1. Frühkartoffeln. Infolge der schlechten Witterung, die eine Ernte im Kreise nicht ermöglichte und des Ausbleibens auswärtiger Zufuhren können in dieser Woche Frühkartoffeln nicht zur Ausgabe gelangen. Als Ersatz dafür werden an die kartoffelversorgungsberechtigte Bevölkeung pro Kopf 1½ Pfund Kartoffelwalzmehl zum Preise von 55 Pfg. für 1 Pfund ab Freitag, den 25. d. M., abgegeben, gegen Vorlage der Frühkartoffelkarte. — Ausgabestellen sind: 1. Sämtliche Filialen des Bielefelder Konsum-Vereins. 2. Sämtliche Filialen des Bielefelder Haushaltvereins, 3. Die Verkaufsstellen von Moshage, Altenhagen; Pottkamp, Babenhausen; Steinkröger, Brackwede; Kornfeld, Kupferhammer; Welscher, Brake; Warenhaus Ophir, Gadderbaum; Schrage, Gellershagen; Zurmühlen, Kirch-Dornberg; Grieswelle, Heepen; Siekmann, Hillegossen; Brinkmann, Hollen; Baumann, Holtkamp; Dreesbeimdieke, Isselhorst; Traphöner, Lämershagen; Knepper, Ober-Jöllenbeck; Weitkamp, Nieder-Jöllenbeck; Brinkmann, Niehorst; Bunte, Oldentrup; Büscher, Quelle; Möller, Schildesche; Lamm, Schildesche; Thenhausen, Bsch. Schildesche; Vormbrok, Sprungmann, Kleine, Senne I; Anders, Senne II; Rüter, Oberwittler, Gökemeyer, Sieker; Engelmann, Theesen; Westerheide, Ubbedissen; Ummeler Konsum-Verein, Ummeln, Böker, Ummeln. — 2. Auslandsmarmelade. Mit Wirkung von heute dürfen die Restmengen Auslandsmarmelade frei an jedermann ohne Marken verkauft werden.

— **Käseverteilung im Landkreise Bielefeld.** In den Verkaufsstellen erhalten die fettversorgungsberechtigten Personen in dieser Woche von Dienstag, den 22. Juli ab gegen Vorlage und Abstempelung der für die Woche vom 21. bis 27. Juli gültigen Fettmarken pro Person 2 Stück Harzkäse (Solling-Käse) zum Preise von 20 Pfg. für das Stück. — **Auslandsfett.** Infolge rechtzeitigen Eintreffens einer weiteren Sendung Auslandsfett sind wir in der Lage, nicht wie am Sonnabend bekannt gegeben, 75 Gramm pro Kopf an die Fettversorgungsberechtigten zu verteilen, sondern 150 Gramm zu ℳ 1.50. Der Verkauf beginnt ab Donnerstag, den 24. d. M. in den Butterverkaufsstellen an Hand der Kundenliste.

— **Post-Verkehr nach Posen.** Nach dem besetzten Posen sind von jetzt ab gewöhnliche offene Briefsendungen über Wien-Warschau gegen Auslandsgebühr zugelassen.

△ **Rentenauszahlung bei Wohnortswechsel.** Kriegshinterbliebene, die ihren Wohnort wechseln, sollten zur Vermeidung von Stockungen in der Auszahlung ihrer Versorgungsgebührnisse möglichst frühzeitig die Postanstalt des alten Wohnorts von dem bevorstehenden Umzug in Kenntnis setzen. Vielfach kommt es vor, daß Kriegshinterbliebene erst nach der Uebersiedelung ihre neue Adresse der Postanstalt mitteilen, so daß diese erst dann in der Lage ist, der Postanstalt des neuen Wohnorts die Stammkarte zu überweisen. Da die Ueberweisung nicht unmittelbar von Postanstalt zu Postanstalt, sondern durch Vermittelung der zuständigen Oberpostdirektion erfolgt, vergeht dann naturgemäß einige Zeit, bis die Postanstalt des neuen Wohnorts im Besitz der Stammkarte ist und die Rente auszahlen kann. Wenn dagegen die Hinterbliebenen, unmittelbar nachdem sie zum letzten Male in ihrem bisherigen Wohnort die Rente erhalten haben, der Postanstalt ihre künftige Adresse mitetilen, so kann der Postanstalt des neuen Wohnorts die Karte so rechtzeitig überwiesen werden, daß die nächste Rentenzahlung am neuen Wohnort pünktlich erfolgen kann.

△ **Unerhörte Kriegsgewinne.** Nach einer kleinen Anfrage des Abgeordneten Schneider (Sachsen) in der Nationalversammlung wird in der Zeitung „Der Holzmarkt“ vom 5. Juli und in Flugblättern behauptet, daß die Kriegsleder A.-G. für jeden Geschäftsanteil von 5000 M. einen Reingewinn von 132000 M. für das Jahr 1918 ausgezahlt habe. Das entspricht einer Dividende von 2600 Proz.

Letzte Nachrichten.

Die oberschlesische Frage.

Oberschlesien wird, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, für den Fall, daß die Abstimmung zugunsten Deutschlands ausfällt, eine selbständige autonome Provinz. Die Abstimmung wird vorgenommen im ganzen Regierungsbezirk Oppeln. Der Kreis Grotkau, die Kreise Neiße, Stadt und Land, ein Teil des Kreises Neustadt und das Zülzer Land bleiben ohne Abstimmung bei Deutschland. Das Ulziner Land und der südliche Teil des Kreises Ratibor fallen ohne Abstimmung an die Tschechen. Der ganze Kreis Leobschütz liegt im Abstimmungsbezirk. Wenn der südliche Teil des Kreises durch die Abstimmung den Zusammenhang mit Deutschland verliert, kommt der ganze Kreis an die Tschechen. Ein Teil des Kreises Namslau muß ohne Abstimmung an die Polen abgetreten werden.

Die Budapester Räteregierung gestürzt?

Die Regierung Bela Khuns soll nach einer angeblich aus Budapest stammenden Pariser Meldung gestürzt und durch ein Dreimänner-Kollegium ersetzt worden sein. Die Namen der neuen Regierungsmänner sind aber nicht bekannt. Bela Khun ist angeblich nach Wien geflüchtet.

Schwere Ausschreitungen in Stolp.

Im Anschluß an eine Demonstrationsversammlung der Unabhängigen und Kommunisten kam es in Stolp (Pommern) zu Gewalttätigkeiten und schweren Ausschreitungen. Verschiedene Läden wurden gestürmt und geplündert. Die Polizei, die gegen die Plünderer machtlos war, rief das hiesige Husaren-Regiment Nr. 5 um Hilfe an, das mehrere Patrouillen in die Stadt entsandte. Bei dem Versuch, die Plünderungen zu verhindern, kam es zu Schießereien, bei denen eine unbeteiligte Frau getötet und drei weitere Personen verletzt wurden.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74, Amt Bielefeld.
Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld Schließfach 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle Missionar Heitenbrok, Bethel-Bielefeld, Postscheckkonto 7382 Hannover.

F.W. Schuhwaren Böhmer
Hauptgeschäft: Essen, Ruhr,
Limbeckerstrasse 14.
Eigene Schuhfabrik Cleve a. Rh.
Bochum, Oberhausen, Marxloh, Duisburg, Langenberg, Bottrop, Gladbeck, Buer, Mülheim, Borbeck
Gegen Nachnahme versende
Hausschuhe in allen Frauengrössen
von gutem Wollstoff mit Ledersohle 8.80
„ „ Segeltuch mit Ledersohle 7.25
„ „ Wollstoff mit Filz- u. Ledersohle 9.50
feiner Wolloberstoff, Pompons u. Vulkans 8.50

Hausschuhe von Papierstoffgewebe 2.75 — 3.50.

Deutsche Volkspartei.
Oeffentliche Versammlung in Jöllenbeck
am Sonntag, den 27. Juli 1919, nachmittags 4 Uhr,
im Saale des Gastwirts Nepohl (an der Kirche).
Redner: Parteisekretär Dr. Hesse-Bielefeld.
Referat: Politische Umschau.
Jedermann ist herzlich eingeladen.
Deutsche Volkspartei.

Die Wahrheit über die Leiden des armenischen Volkes in der Türkei während des Weltkrieges . . . . .
Von Oberlehrer E. Sommer. — Bei Geldvoraussendung netto Mk. 1.— oder Nachnahme
Fr. Ehrler (Kolporteur f. Armenien), Steinhagen, Westf.

Amtsgemeinde Gadderbaum.
Sitzung der Gemeindevertretung
am Freitag, den 25. d. Mts., nachmittags 5 Uhr,
im Amtszimmer, Eckardtsweg Nr. 12.
Der Amtmann: Landgraf.

Gläubige Pflegerin
sucht per 1. 8. oder später Stelle in Klinik, Kinderheim oder auch für Privatpflege. Gute Zeugnisse und Referenzen vorhanden.
Angebote unter Nr. 64 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Ich suche zum 1. August oder später ein sauberes, zuverlässiges
Hausmädchen.
Küchenmädchen und Kindermädchen sind außerdem vorhanden
Frau Dr. Lange, Herford, Münsterkirchplatz 8.

Matten
sind wieder vorrätig bei
Adolf Mühlenweg, Bielefeld.

Fr. Werpel, Herford

Vorteilhafte Bezugsquelle sämtl. Musikinstrumente aller Art, für Vereins-, Orchest. Schul- usw. Bedarf.

Bilder.
Große Auswahl.
Billigste Preise.
Otto Fischer,
Kunsthandlung und Rahmenfabrik,
Obernstrasse 47.